

I
01
Herrn Nemitz

Antrag Drucksache Nr.: 01153/2024 SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, Mitglied der Stadtvertretung Wilhelm Hoog (fraktionslos)

Betreff: Umsetzung der Istanbul-Konvention in der Landeshauptstadt Schwerin

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung erklärt:

1. Jegliche Gewalt, insbesondere in der Häuslichkeit, ist entschieden zu verurteilen und zu bekämpfen. Gemäß der Istanbul-Konvention wird die Landeshauptstadt Schwerin geeignete Maßnahmen zum Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt ergreifen.
2. Der Oberbürgermeister wird hierzu beauftragt, die Erarbeitung eines entsprechenden Maßnahmenprogramms unter Beteiligung von Betroffeneninitiativen sowie Akteurinnen und Akteuren aus den Bereichen Gewaltprävention, Gleichstellung, Opferhilfe und Kinderschutz in Form eines „Runden Tisches“ auf den Weg zu bringen und der Stadtvertretung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Aufgrund des vorstehenden Beschlussvorschlags nimmt die Verwaltung hierzu Stellung:

1. Rechtliche Bewertung (u.a. Prüfung der Zulässigkeit; ggf. Abweichung von bisherigen Beschlüssen der Stadtvertretung)

Aufgabenbereich: Eigener Wirkungskreis

Der Antrag ist zulässig

2. Prüfung der finanziellen Auswirkungen

Art der Aufgabe: Freiwillige Aufgabe (ergänzend)

Kostendeckungsvorschlag entsprechend § 31 (2) S. 2 KV: Im Antrag nicht enthalten.

Einschätzung zu voraussichtlich entstehenden Kosten (Sachkosten, Personalkosten):

-

3. Empfehlung zum weiteren Verfahren

Zustimmung:

Zu dem Ersetzungsantrag von der SPD-Fraktion zur Drucksache Nr.: 01004/2023 vom 08.01.2024 wurde bereits eine Zustimmung mit folgenden Anmerkungen gegeben.

Die Ausarbeitung "Informationen zur Istanbul Konvention und dem Hilfenetz in der Landeshauptstadt Schwerin" vom Stand 30.11.2023 von der Gleichstellungsbeauftragten Frau Lucht zeigt bereits Defizite und auch Möglichkeiten sowie Maßnahmen auf, die ergriffen werden müssen.

Dementsprechend wurde auch dort schon ein regelmäßiger Informationsaustausch mit dem Beratungs- und Hilfenetz und der Landeshauptstadt Schwerin, über den Rat für Kriminalitätsvorbeugung oder einen Runden Tisch, empfohlen, um eine wirkungsvolle Zusammenarbeit zu gewährleisten. Dieser ist bereits im Aufbau.

Daraus kann dann ein Maßnahmenprogramm erarbeitet werden.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass nur begrenzt personelle Ressourcen für die kommunale Kriminalitätsvorbeugung vorhanden sind, weshalb eine eigenverantwortliche Moderation der Arbeitsgruppe angedacht wird.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'M. Trauth', with a stylized, cursive script.

Martina Trauth